

Eckart Spoo
Ansprache in Ziegenhals, 8. Februar 2009

Wer im Kapitalismus Erfolg haben will, der muss zugreifen und sich aneignen, was er kriegen kann. Ist das unmoralisch? Es ist die herrschende Moral. Bereichert Euch! Auf wessen Kosten? Auf Kosten der anderen, versteht sich, auf Kosten der Gemeinschaft. So entsteht privates Vermögen. Man muss die Natur ausbeuten oder, wie man vornehm sagt, verwerten, man muss die Menschen, die Arbeit der Menschen, die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit verwerten. Dann bringt man es zu was.

Gerd Gröger, nicht wahr, ist ein Repräsentant dieser – wie sie sich gern nennen lässt – freiheitlichen Gesellschaft. Man hat ihn aus Augsburg ins Land Brandenburg kommen lassen, damit er nach Kräften hilft, hier im Osten die freiheitliche Gesellschaft aufzubauen. Er erhielt den schönen Posten des Chefs der Obersten Bauaufsicht im Lande Brandenburg. Eine wohldotierte Beamtenstelle mit staatlich garantierter standesgemäßer Pension. Ein Alter ohne finanzielle Sorgen sollte jedem von uns vergönnt sein. Aber Gleichheit gehört nicht zu den Grundwerten der kapitalistischen Gesellschaft, der es ganz fern liegt, uns alle zu Beamten zu machen, geschweige zu Spitzenbeamten. Warum sollte ein solcher Repräsentant nicht so frei sein, uns allen zu demonstrieren, wie man in dieser freiheitlichen Gesellschaft Erfolg hat?

Der oberste Bauaufseher sah am Krossinsee, unmittelbar an der Grenze zur Bundeshauptstadt, ein schönes Stück Natur, das geradezu darauf zu warten schien, kapitalistisch verwertet zu werden. Es gehörte einer Firma mit dem wunderbaren Namen Treuhand. Eigentlich war es gemeinschaftliches Eigentum, Volkseigentum, aber das war nun nicht mehr erwünscht, vielmehr ging es jetzt darum, möglichst alles Gemeinschaftliche auf den Freien Markt zu werfen, wo derjenige, der schnell zugreift, schnell reich werden kann. Die diesem Prinzip treu verpflichtete Firma bot das Gelände in einer Ausschreibung zum Mindestbetrag von 270.000 Euro zum Kauf an. Ein Interessent bot etwas mehr, nämlich 273.000 Euro. Aber dann wurde ein Auktionshaus beauftragt, das Gelände zu versteigern, und unser Spitzenbeamter erwarb es für 86.000 Euro, nachdem das Mindestgebot drastisch reduziert worden war. Mit welchen selbstverständlich rechten Dingen das zugegangen war, scheint mir immer noch nicht restlos aufgeklärt zu sein. Aber gewiss geschah alles in freiheitlichem Sinne.

Das Gelände sollte nun verwertet werden – zum Maximalprofit, dem hehren Ziel kapitalistischen Wirtschaftens. So genannte Stadtvillen – nicht gerade geeignet für Hartz IV-Empfänger – wollte der oberste staatliche Bauaufseher hier privat bauen lassen. Einziges Hindernis: Das Gelände ist bereits bebaut, das Bau-Ensemble ist denkmalgeschützt. Was tun? Der Erwerber beantragte die Streichung von der Denkmalliste des Landes Brandenburg, und glücklicherweise trat auch bald ein neues brandenburgisches Denkmalschutzgesetz in Kraft, das die wirtschaftlichen Interessen der Eigentümer denkmalgeschützter Gebäude stärkt.

Der Eigentümer muss – worauf bei der Auktion ausdrücklich hingewiesen worden war – den öffentlichen Zugang zu der Gedenkstätte gewährleisten. Diese Auflage widersprach seinem freiheitlichen Privatinteresse, also versperrte er das Gelände und ließ die Gedenkstätte verkommen – und daran hat sich auch nichts geändert, seit das Verwaltungsgericht Cottbus im Oktober 2008 den Denkmalschutz bestätigte.

Privateigentümer Gröger, nicht wahr, handelt geradezu vorbildlich systemkonform. Das müssen wir ihm erst recht bescheinigen, wenn wir in unsere Betrachtung einbeziehen, um welche Gedenkstätte es sich handelt. Es ist keine Gedenkstätte für deutsche Siege über Frankreich und die Aneignung der Bergbaugebiete in Elsaß-Lothringen wie die

goldglänzende Siegessäule mitten in Berlin, es ist keine Gedenkstätte für die Eroberung, Germanisierung und Christianisierung des Ostens im Mittelalter, keine Gedenkstätte für die Große Friedliche Deutsche Revolution von 1989, sondern für eine illegale Zusammenkunft führender Kommunisten um 7. Februar 1933, die erste Zusammenkunft nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler; und Hauptthema der Zusammenkunft war das Bemühen um Verständigung mit anderen Linken, mit der SPD, mit den Gewerkschaften über einen Generalstreik.

Ein Generalstreik ist fast das Schlimmste, was dem freien Unternehmertum widerfahren kann. Generalstreik bedeutet, daß die Lohnabhängigen sich einfach nicht mehr dem Unternehmerkommando unterwerfen, daß sie für die Dauer des Streiks ihre Arbeitskraft nicht ausbeuten, nicht verwerten lassen, daß sie eigene Entscheidungsansprüche geltend machen, daß sie also, solidarisch handelnd, die Herrschaft der Herrschenden in Frage stellen. Und dieser Generalstreik sollte sich gegen eine eben erst neu gebildete Regierung richten, die den Herren des Kapitals verheißen hatte, allen Streiks ein Ende zu setzen. Und er sollte zustande kommen durch Verständigung aller Organisationen der Lohnabhängigen – deren Gegeneinander doch ein Garant für das Weiterbestehen der bestehenden Kapitalherrschaft war. Und ausgerechnet Kommunisten waren es, derer hier gedacht wurde, führende Köpfe der entschiedensten antikapitalistischen Partei.

Gröger, nicht wahr, musste und muss doch fest darauf vertrauen können, dass sein Engagement hier in Ziegenhals unter seinesgleichen, den Repräsentanten einer freiheitlichen Gesellschaft, nur Zustimmung finden würde. Antikommunismus ist in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung Staatsdoktrin, seit bald 20 Jahren auch hier in Ostdeutschland. Einer Generation nach der anderen ist eingepflanzt worden, dass der Kommunismus etwas Schreckliches sei, vor dem sie sich zu fürchten hätten. „Alle Mächte des alten Europa“, so hieß es schon in Marx‘ und Engels‘ „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848, „haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet“ – gegen das Schreckgespenst Kommunismus. Und kaum hatte sich Ende 1918, 70 Jahre nach dem Manifest, die Kommunistische Partei Deutschlands endlich gegründet, wurden ihre beiden Vorsitzenden, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, schon ermordet, und ihre Mörder wurden nie bestraft, weder in der Weimarer noch in der Bundesrepublik. Ermordet wurden auch die meisten Teilnehmer der Zusammenkunft vom 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals. Ermordet wurde nach elfjähriger Haft in Berlin-Moabit, in Hannover und in Bautzen auch der Parteivorsitzende Ernst Thälmann, hinterrücks erschossen im KZ-Buchenwald. Es gelang zwar, in der Bundesrepublik einen der Mordbeteiligten, vermutlich den Todesschützen, vor Gericht zu bringen, aber er wurde nicht verurteilt.

Die heilige Hetzjagd, von der Marx und Engels sprachen, ist auch heute nicht vorbei. Gelegentlich hört man, der Antikommunismus sei als Reaktion auf Stalins Verbrechen zu verstehen. Geschichtsverdrehung! 1848, als die Hetzjagd schon begonnen hatte, war an Stalin noch nicht zu denken. Wie damals blieben „alle Mächte des alten Europa“ gegen den Kommunismus verbündet, und nichts bindet sie auch mit neueren außereuropäischen Mächten enger zusammen als der Antikommunismus. Von allen Seiten her intervenierten sie nach der Oktober-Revolution und besetzten zeitweilig mehr als 85 Prozent des sowjetischen Staatsgebiets. Diese völkerrechtswidrige Aggression richtete sich nicht gegen Stalin, von dem damals noch keine Rede war, sondern gegen den Kommunismus, der mit seinen Vorstellungen von Gleichheit, Gemeinschaftlichkeit, Volksherrschaft ihre Privilegien und die ganze Kapitalherrschaft bedrohte. Die Kausalität ist also genau umgekehrt: Nach dem Bündnis Eberts und Noskes mit den reaktionärsten Militärs, nach dem Mord an Liebknecht und Luxemburg und vielen ihrer Genossinnen und Genossen, nach der brutalen

Niederschlagung der Münchner Räterepublik, nach den Interventionskriegen, gegen die sich die junge Sowjetunion unter schweren Opfern behauptete, lag die Schlussfolgerung der KPdSU nahe, dass sich die Revolution vorerst nicht in anderen Ländern ausbreiten könne, sondern daß es darauf ankomme, sich auf den Aufbau der neuen Gesellschaft in einem einzigen Land zu konzentrieren – mit vielen heiklen Konsequenzen, auch für die kommunistischen Parteien anderer Länder.

Die ständige äußere Bedrohung der – auch mit Boykott und Sabotage bekämpften – UdSSR war eine wesentliche Ursache dafür, dass der Sowjetstaat sich panzerterte und militarisierte, obwohl er eigentlich ganz andere, vordringliche Aufgaben hatte: eine nichtkapitalistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. So konnte sich – mit Vorsicht vergleichbar dem Bonapartismus nach der Französischen Revolution – in der Sowjetunion das entwickeln, was gemeinhin Stalinismus genannt wird. Ein Regime, dem auch viele Kommunisten zum Opfer fielen, viele deutsche Kommunisten darunter. Schrecklich! Unentschuldigbar! Aber wenn Antikommunisten den Stalinismus beklagen, kann ich oft die Heuchelei nicht überhören, vor allem wenn sie damit vom Faschismus abzulenken versuchen. Nein, der brutale Antikommunismus, gesteigert im Faschismus, setzte die Sowjetunion unter solchen Druck, dass sich die Demokratie und damit der Sozialismus selbst verhängnisvoll fehlentwickelten.

Und Thälmann? Hat er sich nicht, wie man gelegentlich hört, schwerer Fehler schuldig gemacht? Ja, aus prokapitalistischer, antikommunistischer Sicht war wohl alles, was Thälmann gemacht hat, ein schwerer Fehler. War der Hamburger Aufstand 1923 ein Fehler? Vielleicht – je nach dem, von welcher Seite man ihn betrachtet. Reichspräsident Ebert ließ damals, 1923, die demokratisch gewählten linken Regierungen in Sachsen und Thüringen militärisch zerschlagen. Das war aus meiner Sicht mehr als ein schrecklicher Fehler, es war ein Verbrechen.

Hat Thälmanns KPD 1933 Fehler gemacht? In seiner Rede vor den hier in Ziegenhals Versammelten, darunter etlichen Reichstagsabgeordneten, sagte er klar voraus, worauf sich die Linke gefasst zu machen habe: „... nicht nur Parteiverbot, nicht nur fanatische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmord an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern, das alles gehört mit zu den Waffen, derer sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.“ Mir scheint, insoweit analysierte er die Gefahren ganz richtig – dazu gehörte übrigens auch die Analyse eigener Fehler, die nicht wiederholt werden dürften -, und richtig war auch die Orientierung auf Massenaktionen, auf Generalstreik, richtig war der Aufruf, sich mit SPD und Gewerkschaften darauf zu verständigen. Unterhändler der KPD wandten sich Ende Januar, Anfang Februar persönlich an Sozialdemokraten, baten um Gespräche, um gemeinsame Aktionen –mancherorts erfolgreich, auf Reichsebene vergeblich. Während sich die Kommunisten hier in Ziegenhals konspirativ trafen, verlangte Otto Wels auf einer Kundgebung im Berliner Lustgarten eine „Einheitsfront der Ruhe und Ordnung“. Wenn ein Generalstreik käme, wären ja die nächsten Wahlen gefährdet, sagte Wels. Der SPD-Vorstand sprach sich gegen offizielle Gespräche mit der KPD aus. Der Generalstreik, der wohl das einzig wirksame Mittel gewesen wäre, Hitler wieder aus der Regierung zu entfernen, fand nicht statt.

Aber ich will die Geschichte nicht mit „hätte“ und „wäre“ beurteilen. Bestimmend für den Gang der Geschichte war wohl schon vieles Vorausgegangene, darunter auch die Entscheidung der SPD, bei der Wahl zum Reichspräsidenten den greisen Generalfeldmarschall Hindenburg zu unterstützen. Die SPD verzichtete darauf, einen

Kandidaten gegen Hindenburg aufzustellen, obwohl oder vielleicht gerade weil sie damit rechnen konnte, dass die Kommunisten einen SPD-Kandidaten mitwählen würden. Daraufhin stellte die KPD Ernst Thälmann als Gegenkandidaten auf. Viele kluge Menschen ahnten oder wussten damals schon: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Carl von Ossietzky empfahl in der „Weltbühne“ dringend, unter diesen Umständen für Thälmann zu stimmen. Aber die SPD blieb bei ihrer Entscheidung für Hindenburg. Noch im April 1933, als viele Kommunisten, einige Sozialdemokraten und solche weitsichtigen Antifaschisten wie Erich Mühsam und Carl von Ossietzky schon in den KZs gequält wurden, billigte die SPD im Reichstag Hitlers Außenpolitik. Und die Gewerkschaften ließen sich darauf ein, nach den Vorstellungen der Nazis den 1. Mai als „Feiertag der deutschen Arbeit“ zu begehen, bevor sie dann am 2. Mai verboten wurden.

Gewiß, in der Politik der KPD gab es manche Wendungen, innere Auseinandersetzungen. Wenigen gelang es damals, in all den wirtschaftlichen und politischen Krisen immer Durchblick und Geradlinigkeit zu bewahren – auch unter dem Eindruck der Veränderungen in der Sowjetunion. Aber mir scheint, daß Thälmann immer ein verlässlicher Vertreter der sozialen Interessen der Lohnabhängigen und der Friedensinteressen war. An solchen Wortbrüchen wie denen des letzten SPD-Reichskanzlers Hermann Müller, der vor der Wahl den Bau von Panzerkreuzern abgelehnt hatte und ihn nach der Wahl durchsetzte, war Thälmann nicht beteiligt. Während seiner langen Haftzeit galt er dann in Europa und weit über Europa hinaus als Symbolfigur des antifaschistischen Widerstands neben Carl von Ossietzky und Martin Niemöller. Gerade deshalb wurden immer wieder Lügen über ihn verbreitet bis hin zu der letzten Lüge: Er sei bei einem alliierten Bombenangriff auf das KZ Buchenwald gestorben.

Antikommunismus und Faschismus sind in der Geschichte des 20. Jahrhunderts kaum voneinander zu trennen. In den Tagen, als Anfang Februar 1933 hier 40 Kommunisten darüber berieten, wie der Siegeszug des Faschismus aufzuhalten sei, sprach in London der konservative Staatsmann Winston Churchill vor der britischen Antisozialistischen Liga. Er rühmte den „von Mussolini verkörperten römischen Genius“, der „vielen Nationen gezeigt“ habe, „wie man dem drohenden Sozialismus entgegentreten kann“. Mussolini, sagte Churchill, „hat den Weg gezeigt, dem eine mutig geführte Nation folgen kann. Mit seiner faschistischen Herrschaft“, so Churchill, „hat Mussolini die Orientierung gegeben, von der sich die Länder in ihrem gemeinsamen Kampf gegen den Sozialismus leiten lassen müssen.“ Auch und gerade Hitler löste in Großbritannien, in den USA und in anderen Ländern bei Repräsentanten des großen Kapitals wahre Begeisterung aus. Gern ließen sie Hitler und Mussolini beim Zerbomben der Spanischen Republik gewähren, nachdem die Spanier eine linke Regierung gewählt hatten. Und selbst als Hitler-Deutschland mehr und mehr europäische Länder überfiel, waren in den USA die Sympathien für die Nazis noch lange nicht erloschen. Das Bündnis zur „heiligen Hetzjagd“ (von der Marx und Engels im Manifest gesprochen hatten) hatte Bestand, auch hundert Jahre später. Die USA wurden zur Hauptstreitmacht gegen den Kommunismus und bedienten sich im Kalten Krieg skrupellos nazi-deutscher Experten, darunter solcher Hitler-Generäle wie Gehlen, Heusinger, Speidel, die ebenso avancieren durften wie Verwaltungsjuristen vom Schlage Globke oder Ritter von Lex, der schon in der Weimarer Republik als fanatischer Antikommunist hervorgetreten war, im Nazi-Reich im Innenministerium Karriere gemacht hatte und dann unter Adenauer als Staatssekretär im Innenministerium die Regierung im Verbotsprozess gegen die KPD vertrat. Und das KPD-Verbot von 1956 ist bis heute nicht aufgehoben. Ja, wie kann man da von dem leitenden Brandenburger Ministerialbeamten Gerd Gröger erwarten, dass er auf „seinem“ Grundstück eine Gedenkstätte für kommunistischen Widerstand duldet? Kann er in seinen Kreisen nicht eher Dankbarkeit erwarten, wenn es ihm gelingt, sie zu beseitigen?

Das Gerichtsgefängnis in Hannover, in dem Thälmann von 1937 bis 1943 inhaftiert war, wurde später abgerissen. Ein hannoverscher Künstler, Hans Breuste, entwarf ein Denkmal. Widerstandskämpfer, die in dem Gefängnis eingekerkert waren, sollten hier genannt werden. Gegen die Nennung Ernst Thälmanns erhob der damalige hannoversche Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube heftigen Einspruch. Niemals werde er mit seinen Kindern ein Denkmal besuchen können, wenn dort des Kommunistenführers gedacht werde, sagte Lehmann-Grube, der später Oberbürgermeister von Leipzig wurde, um dort tatkräftig zur Abwicklung der DDR beizutragen.

Aus solchen Worten gegen Thälmann höre ich tiefen Hass – einen Hass, der nach meinem Verständnis nichts mit Kritik an irgendeinem Fehlverhalten von Kommunisten zu tun hat, sondern eher im Gegenteil mit dem Bewusstsein erbärmlichen Versagens der eigenen politischen Partei. Schlechtes Gewissen gegenüber der aufrechten Haltung vieler Kommunisten, die ja im Widerstand gegen den Faschismus unvergleichlich mehr Opfer brachten als jede andere Partei – gerade dieses schlechte Gewissen befähigt zu immer neuen Schabigkeiten, zu den Berufsverboten beispielsweise oder zu schweigender Hinnahme solcher antikommunistischer Exzesse wie des millionenfachen Mordes in Indonesien unter dem Suharto-Regime, mit dem die Bundesrepublik eng zusammenarbeitete. Außer den Kommunisten selber waren es immer nur wenige, die sich von vornherein konsequent zum Beispiel gegen den antikommunistischen Terror der USA in Vietnam oder gegen die faschistischen Regime in NATO-Staaten wie zeitweilig in Portugal und Griechenland engagierten. Für die übergroße Mehrheit der Bundesbürger, angeleitet von der „Bild“-Zeitung und den landesüblichen regionalen Monopolblättern, musste und muss bis heute ganz und gar unverständlich bleiben, was Thomas Mann zu Beginn des Kalten Krieges sagte: „Ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Kommunismus, diesem Schrecken von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche.“

Aber auch wenn die Verblendung noch so stark ist und die antikapitalistischen Bewegungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern derzeit sehr schwach, teilweise desorientiert und eingeschüchtert erscheinen, so sind doch die Nutznießer und die Propagandisten kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse ihren Gegner nicht los geworden, sondern evozieren ihn selber immer aufs Neue. Immer neu sehen sie sich den Ansprüchen von Menschen konfrontiert, die sich weigern, für weniger Geld länger zu arbeiten oder sich durch Umweltkriminalität vergiften zu lassen oder für die Interessen von Konzernen in Kriege zu ziehen. Der Anspruch, am technischen Fortschritt teilzuhaben, statt wegrationalisiert zu werden, wird nie verstummen. Auch nicht der Anspruch, über gemeinsame Probleme mitzureden und mitzuentcheiden. Wer aber seine Privilegien und seine Macht behalten und möglichst noch ausbauen will, wird solche Gleichberechtigungs-, Unabhängigkeits-, Friedens- und Demokratieansprüche nie – allenfalls streng dosiert – zulassen dürfen. Die Kapitalherren und ihre Hassprediger in Politik, Medien und Rechtfertigungswissenschaften werden daher alle diejenigen Menschen, die in gewerkschaftlichen, ökologischen und anderen oppositionellen Bewegungen die Eigentumsfrage als Grundfrage stellen, selbstverständlich als ihre Feinde wahrnehmen. Und es ist, so gesehen, nicht verwunderlich, dass der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, dieser Tage von sich gibt, die Partei Die Linke müsse weiterhin geheimdienstlich beobachtet werden, weil in programmatischen Aussagen dieser Partei „nach wie vor von einer Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse die Rede“ sei. Als ob die Verfassung den Kapitalismus vorschreibe. Aber ein

Verfassungsschutzpräsident braucht offenbar die Verfassung nicht zu kennen, die ausdrücklich Enteignungen zum Wohl der Allgemeinheit vorsieht. Vielleicht hat dieser Geheimdienstchef auch noch nicht mitbekommen, was seit einigen Monaten in der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik vor sich geht. Lässt Fromm jetzt etwa Regierungsmitglieder wegen der Verstaatlichung von Banken überwachen? Ich halte eher die Privatisierungspolitik, wie wir sie seit 20 Jahren erleben, für verfassungswidrig, und es erscheint mir dringend notwendig, die Eigentumsfrage endlich andersherum zu stellen: Wir dürfen uns nicht immer weiter enteignen lassen, und das gilt auch für diese Gedenkstätte: Sie ist ein wichtiger Zeuge unserer Geschichte. Sie muss in gemeinschaftlichem Eigentum bleiben.

Viele große Geister der Weltgeschichte haben darüber nachgedacht, wie das menschliche Zusammenleben vernünftiger, gerechter, menschengerechter gestaltet werden könne – zum Glück aller. Sie entwickelten Ideen wie die, dass alle Menschen gleiche Rechte haben sollen, dass diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen dürfen, sondern dass es gemeinschaftliche Aufgabe aller Menschen ist, die ökonomischen, ökologischen, sozialen, politischen Bedingungen zu schaffen, damit sich jede und jeder möglichst frei entfalten können, dass nicht einer den anderen ausbeuten darf, dass Demokratie auch und gerade in der Wirtschaft eingeführt werden muss, zumal sonst aus wirtschaftlicher Macht immer auch politische Herrschaft erwächst, dass deswegen Bodenschätze, Fabriken, Massenkommunikationsmittel nicht einzelnen privat gehören dürfen und dass bisherige gesellschaftliche Verhältnisse umgestürzt werden müssen, unter denen diejenigen, die Profit aus der Arbeit anderer ziehen, alle erdenklichen Privilegien genießen – mit der Folge von Zwei-Klassen-Schulwesen, Zwei-Klassen-Medizin, Zwei-Klassen-Justiz.

Tonangebende Politiker und Publizisten, die der bestehenden Kapitalherrschaft verpflichtet sind, werden uns den Kommunismus immer als größte aller Gefahren, als größtes aller Verbrechen darstellen. Die Absicht der heiligen Hetzjagd ist klar: Sie wollen die heutigen und künftigen Opfer kapitalistischer Expansion, Privatisierung, Enteignung und Entrechtung geistig wehrlos machen – auch und gerade in Zeiten, in denen die Klassenspaltung der Gesellschaft sich rapide vertieft, das Kapital sich in kaum noch vorstellbaren Ausmaßen zentralisiert und monopolisiert, auch noch die letzten Lebensfelder der Menschen kommerzialisiert, uns alle mit untragbaren Schulden belastet, auch in Zeiten, in denen die CO₂-Emissionen lebensgefährlich werden, die Klimakatastrophen sich häufen und die Vorhersagen immer pessimistischer werden. Es ist höchste Zeit, gemeinschaftlich zu beraten, wie wir gemeinschaftlich die Bedingungen für menschenwürdiges Leben gestalten wollen.

Wenn wir illusionslos planen und handeln wollen, empfiehlt es sich, uns an die Mahnungen und Warnungen von Marx und Engels zu erinnern, zu welchen Verbrechen ein entfesselt Kapital fähig ist.

Keinesfalls dürfen wir uns mit dem sozialen Niedergang abfinden, den wir erleben, seit das von Systemkonkurrenz befreite Kapital glaubt, keine Rücksichten mehr nehmen zu müssen. Wir dürfen uns nicht abfinden mit der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, mit Massenarbeitslosigkeit, mit der Verblödung durch kapitalgesteuerte Massenmedien, deren Hauptzweck es ist, uns einzuschüchtern, damit wir das Politikmachen dem Kapital selber überlassen. Wir dürfen uns nicht abfinden mit ständiger Aufrüstung und immer neuen Kriegen.

Wenn es in der jetzigen globalen Krise wiederum dem Kapital selber überlassen bleibt, den Ausweg zu finden, dann ist von vorn herein klar, wie es ausgeht: Einzelne werden von der Krise profitieren, die Masse der Lohnabhängigen wird dafür aufkommen müssen. Mit

gewaltigen Rettungspaketen für Banken und Autokonzerne wird genau die Politik fortgesetzt, die in die Krise geführt hat, die Politik der Umverteilung von unten nach oben, eine inhumane Politik.

Es regt sich Ermutigendes, nicht nur in Lateinamerika. Eben jetzt in der tiefen, noch gar nicht auszulotenden Krise, in die sich das Kapital selber gestürzt hat, bilden sich in Berlin an der Humboldt- und auch an der Freien Universität und an etlichen weiteren Universitäten im ganzen Land „Kapital“-Lesekreise. Viele junge Menschen suchen Orientierung bei den Klassikern der kommunistischen Theorie. Und sie suchen geschichtliche Orientierung. Sie brauchen sie. Gerade deswegen müssen Geschichtszeugen wie die Gedenkstätte Ziegenhals bewahrt werden.

Dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck mag das nicht gerade ein Herzensanliegen sein. Aber an ihn – den Chef der Regierung, in der Gerd Gröger die Oberste Bauaufsicht leitet - ist die Frage zu richten, wohin die politische Reise geht, wenn auf der einen Seite mit gewaltigem Aufwand die Potsdamer Garnisonkirche, das Symbol des preußischen Militarismus und der Ermächtigung Hitlers durch die, wie sie sich selbst empfanden, gesellschaftlichen Eliten, wiedererrichtet wird und auf der anderen Seite die Stätte des frühesten und konsequentesten antifaschistischen Widerstands beseitigt wird, statt zu einem Lehrort ausgestaltet zu werden.

Es ist gefährlichste Geschichtsverdrehung, wenn der Widerstand ausgerechnet auf einen Mann wie Claus Graf Stauffenberg reduziert wird, einen deutschen Herrenmenschen, der Hitler 1933 zugejubelt hat und sich nach Kräften an Hitlers Kriegen beteiligt hat, bis die Niederlage absehbar war. Wie gefährlich es ist, die geschichtlichen Lehren zu missachten, zeigt sich auch an der zunehmenden Gewalt von rechts, gegen die die Behörden sich oft blind verhalten. Es muss uns empören, wenn Neonazis mit Polizeigewalt durch die Menge der Antifaschisten geboxt werden wie am 6. Dezember 2008 in Berlin-Lichtenberg.

Carl von Ossietzky schrieb Anfang 1933: „Spätere Generationen werden zu jenem Gürtelkampf antreten müssen, zu dem die deutsche Republik zu feige war.“ Die späteren Generationen sind wir.